

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement: Für den Monat frei Haus 2 RM (Halbmonatlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme“, Dresden-21 / Geschäftsstelle und Expedition: Gohlisstraße 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13333, Emil Schlegel-Straße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Preise besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang Freitag, den 21. Mai 1926 Nummer 116

Die völkischen Fememörder

Aufhebung der Immunität von Wulle und Kube beantragt Die Staatsanwälte schützen die Drahtzieher

Berlin, 21. Mai, (Eigener Drahtbericht).

In Gemeinderatsauschuss des Preussischen Landtags wurde gestern der Oberjustizrat Dr. Wirth die auffordernde Mitteilung, daß die Nachprüfung der Aussagen von Grüte-Lehder über die völkischen Abgeordneten Wulle und Kube den Staatsanwalt veranlassen, sofort beim Landtag und Reichstag die Aufhebung der Immunität dieser Abgeordneten zu beantragen. Die Anzahl Zeugenvernehmungen, die vorgenommen werden bevor Grüte-Lehder seine Aussagen der Öffentlichkeit bekannt waren, decken sich restlos mit dessen Angaben.

Angenommen wurde die Behauptung von Wulle und Kube, Grüte-Lehder nur flüchtig gefasst zu haben, ebenso wie andere Behauptungen, als glatter Schwindel festgestellt.

Die Anklage gegen Wulle und Kube erfolgt wegen Beihilfung des Attentatsplans gegen Seering und Anführung des Fememordes an Müller-Damms. Es ist unerwähnt, daß die Anklage erst jetzt vom Staatsanwalt erhoben wird, obwohl besagte Zeugenaussagen seit Monaten vorliegen.

Unseren Lesern dürfte noch erinnerlich sein, daß wir schon damals nach der Beurteilung von Grüte-Lehder und dem die Strafverfolgung gegen die völkischen Abgeordneten gefordert haben. Aus der Vernehmung Grüte-Lehders vor dem Landtagsergänzungsamt ergibt sich, daß die Richter und Staatsanwälte sich die größte Mühe gegeben haben, die Schuld der völkischen Abgeordneten an den Fememorden zu verschleiern. Grüte-Lehder erklärte, daß in seinem eigenen Prozess der Vorsitzende, Landgerichtsrat B o m b e, die Vernehmung des Zeugen Dr. Seering über die Zusammenhänge des Seering-Attentats verhindert habe. Oberstaatsanwalt Dr. Jäger habe ihn auf alle Arten ein-

geschüchtert. Er habe ihn gefragt, ob er denn wünsche, daß die Abgeordneten bestraft werden, er mache diese Leute doch für ihr ganzes Leben unglücklich. Grüte-Lehder stellt nochmals fest, daß er von Wulle und Kube direkt beauftragt war, den von ihm verübten Mord durchzuführen. Wenn die Staatsanwaltschaft erst jetzt dazu übergeht, gegen die völkischen Abgeordneten vorzugehen, dann deswegen, weil es ihnen nicht gelungen ist, die Beurteilungen einzuschüchtern und dadurch die Vernehmung im Gemeinderatsauschuss die breitere Öffentlichkeit von den Dingen erfahren hat. Die Untersuchungen im Gemeinderatsauschuss haben nochmals ergeben, daß auf Grund eines von Kube ausgestellten Ausweises Grüte-Lehder eine Schutzwaife erhalten hat, daß Wulle erklärt hat, die Spindel müßten besetzt werden. Die Anklage zur Beteiligung von Wulle und Kube an den Fememorden ist damit klar erwiesen. Aber nach diesen Untersuchungen gehören nicht nur Wulle und Kube, sondern gehören auch die Staatsanwälte, die die völkischen Abgeordneten schützten, auf die Anklagebank. Die deutschen Arbeiter haben hier einen neuen Beweis für die Berechtigung der Forderung der Justiz als ausgebrochene Klassenjustiz erhalten. Sie müssen diese neue Erfahrung benutzen, um den härtesten Kampf gegen die Klassenjustiz und um die Freilassung der proletarischen Opfer derselben aufzunehmen. Die proletarischen Opfer der Klassenjustiz müssen unbedingt befreit werden. Es gilt, erneut alle Kräfte anzuspannen, um die Tore der Gefängnisse und Zuchthäuser für die zu barbarischen Strafen verurteilten Klassenkämpfer zu öffnen. Die Befreiung der Klassenkämpfer des Proletariats wird jedoch nur erfolgen, wenn der Dreck breiterer Massen gegen die Justiz und die reaktionäre Regierung eingeleitet wird. Der Kampf gegen Klassenjustiz, der Kampf um die Befreiung der proletarischen Klassenkämpfer ist ein Teil des Kampfes gegen die immer frecher auftretende Reaktion.

Luther II. und die Sozialdemokratie

Die Neubildung des Kabinetts erfolgt also auf eben jenem politischen Grundriss, die durch das Mißbilligungs-votum der Sozialdemokraten und der vereinigten Sozialisten kurz vorher herbeigeführt worden ist.

So, nun ist die Einheitsfront wieder einmal fertig: die Sozialdemokraten haben beschlossen, der neuen Marx-, in Wirklichkeit alten Luther-Regierung, kein Härlein zu krümeln. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion stimmt nicht gegen die Regierung, sie schenkt ihr Vertrauen.

Die alte Regierung, die demissionierte, weil ihre Anhänger sie stürzten, steht „auf neu gegußt“ wieder auf, weil die Stürzer Angst vor der eigenen Courage haben. — Sie lebt, weil ihre „Gegner“ es wollen.

Die sozialdemokratischen Führer, noch vor ein paar Tagen in der Pose der radikalen Ministerstürzer, haben ihre Stellung rasch gewechselt. Sie sind treue, brave Unterstützer der schwerkapitalistischen Lutherregierung geblieben, die sie früher waren.

Was ist die neue Regierung anders als die Fortsetzung der alten?

Es sind nicht nur die alten Männer im Kabinett geblieben, die alte Politik bleibt auch. Die Regierungserklärung bezeugt, daß das neue Kabinett die bisherige Politik „unverändert“ weiterführen wird. Die alte Politik unverändert, das heißt Steuererhöhungen an die Besessenen, Unterdrückung der Rationalisierungsmassnahmen, weiterer Abbau der Erwerbslosenfürsorge, das heißt härteste Bekämpfung des Volkslebens, das heißt, und offiziell wird es erklärt, daß die Flaggverordnung bestehen bleibt und die „Einheitsflagge“ zusammengeklappt werden soll. Und dieser Regierung schenken die Sozialdemokraten Vertrauen! Diese Regierung, die den von ihnen unterstützten Volkseinstimmlich mit allen Mitteln bekämpfen will, unterstützen sie!

Wir haben es heute mit der Regierung zu tun, so wie sie ist. Sie unterscheidet sich von ihrer Vorgängerin nur durch die Neubildung des Kabinetts, und es läge an sich der Schluss nahe, daß wir ihr gegenüber auch keine andere Haltung einnehmen dürften als es diejenige war, die zur Demission des Kabinetts Luther führte. Nur dürfen wir nicht verzeihen, daß unsere Interpellation und unser Mißtrauensvotum sich ausdrücklich auf Herrn Luther bezogen haben. Einmal, weil er die Flaggverordnung verantwortlich gemacht hat, und zum anderen, weil uns die Unmöglichkeit bewußt war, die vorige Regierung in ihrer Gesamtheit zu befestigen und eine ganz neue, auf einer ganz neuen Grundlage, aufzubauen.

Allerdings, „an ihm“ liegt der Schluß sehr nahe! Es ist der Schluß, den jeder Klassenbewußte Arbeiter zieht. Aber wenn diesem Schluß auch Taten folgen sollen, dann wird den sozialdemokratischen Führern bange. Denn eine neue Regierung, die möglich wäre auf einer ganz neuen Grundlage, was wäre das? Parlamentarisch gibt es nur die große Volksgemeinschaft und dazu werden die sozialdemokratischen Führer noch nicht gebraucht. Oder es gäbe eine vollkommen rechtsregierende, und da können sie nicht mitmachen.

Liegt hier nicht der Schluß sehr nahe, daß, wenn diese neue Grundlage nicht da ist, diese neue Grundlage für eine ganz neue Regierung geschaffen werden muß? Liegt da nicht sehr nahe, daß die Auflösung des Reichstages nötig ist; liegt da nicht sehr nahe, daß jede kapitalistische Regierung gestürzt werden muß?

Aber hier können die sozialdemokratischen Führer nicht mehr mitmachen. Hier ist die Grenze ihrer „Opposition“. Denn die Bildung jeder kapitalistischen Regierung zu verhindern, das heißt, die Arbeitermassen für den außerparlamentarischen Kampf mobilisieren. Und der „Klassenkampf“ der sozialdemokratischen Führer hat da seine Grenze, wo das Klassenbewußtsein der Arbeitermassen von ihnen Taten verlangt. Viele Taten können nur sein der außerparlamentarische Kampf für die Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung.

Das wollen die sozialdemokratischen Führer nicht! Allerdings, in der Reichstagsfraktion ist eine parteiändernde gegen die Politik der Unterstützung Luthers II.

Drohungen zum Volkseinstimmlich

Die Deutsche Volkspartei hat einen Aufruf gegen das Gesetz zur Aufhebung der Immunität der völkischen Abgeordneten herausgegeben, in dem für den Fall der Annahme des Gesetzes das Volkseinstimmlich mit der offenen Versammlung des Reichstages bedroht wird. Dieser Aufruf stimmt überein mit den Ausführungen Stresemanns auf einer Pressekonferenz, wo er erklärte, daß im Falle der Annahme des vom Reichspräsidenten Seering keine Regierung zu bilden sei, die dieses Gesetz durchzuführen werde. Im Aufruf heißt es, die Forderung wäre ein Verbrechen, welches gegen Sozialdemokratie und Reichspräsident verstoße. Auch die unter sozialdemokratischer Führung stehende preussische Regierung habe im Reichsrat zum Volkseinstimmlich gedrängt, daß sie den Volkseinstimmlich auf entscheidungsgewisse Entscheidung ablehne. Es heißt in dem Aufruf wörtlich: „Der zur Aufhebung gestellte kommunalistische Gesetzesentwurf widerspricht der Verfassung, die Schutz des Privateigentums enthält. Er widerspricht auch der Haltung, welche die Sozialdemokraten selbst in der Frage der Revolution unter Führung Seerings angenommen haben. Offen sprechen die Kommunisten aus, daß mit den Forderungen nur der Anfang gemacht werden wird, daß nachher alles übrige Eigentum einschließlich der Ansprüche auf Pensionen und Renten folgen soll. Die Grundmauern der kapitalistischen Lebens werden zerstört, jede Ordnung untergraben. Unsere Parole lautet: Keine Beteiligung am Volkseinstimmlich! Jeder bleibe am 20. Juni der Abstimmung fern!“

Reben den Lügen über die Besetzung der Kriegsoberbefehle, Pensionen usw. sind die offenen Drohungen dieser monströsen Diktatur sehr klar, indem erklärt wird, daß bei Annahme des Entschuldigungsgesetzes die Grundmauern des staatlichen Lebens zerstört und jede Ordnung untergraben würde.

Rechtswidrig hat die Zentrumskommission beschlossen, ihre Mitglieder ebenfalls aufzufordern, dem Volkseinstimmlich fernzubleiben.

Der Reichsverband der Deutschen Demokratischen Partei beschloß, den demokratischen Mitgliedern die Abstimmung über den Volkseinstimmlich freizulassen und jedem einzelnen Wähler seine Entscheidung zu überlassen.

Die Entscheidung der Demokratie erfolgte auf Grund des hartnäckigen Widerstandes der Massen. Die breiten Massen der Arbeiter werden sich durch die Drohungen der Monarchisten nicht schrecken lassen. Gerade die Volksparteiler haben am wenigsten das Recht, von Moral zu reden. Die Mitglieder und Führer dieser Partei waren es, die die verbrecherische Inflationspolitik durchführten. Sie waren die Entgelter der kleinen Leute.

Die Qualitäten aus dem Volkseinstimmlich werden jetzt erst recht aufgedeckt. Die Abstimmung am 20. Juni muß den frechen Diktator eine Antwort erteilen, daß ihnen Hören und Sehen verweigert, Verstummen seinen Tag, die breiten Massen aufzuklären. Jeder Mann muß an die Urne.

Rechnen Wenig den Fürsten!

Vertagung der Abrüstungskonferenz

Lord Robert Cecil hat die Vertagung der Abrüstungskonferenz beantragt. Gibson, der Vertreter der Vereinigten Staaten, unterstützt ihn dabei. Sie haben es nicht in eilig mit dem Abrüstungs, zuerst brauchen sie noch etwas Krieg.

Eine Pulverfabrik in die Luft geflogen

20 Tote, 70 Verletzte. Die Fabrik vollständig zerstört.
Werkheim am Main, 20. Mai. Heute mittag gegen 11 Uhr lag die in dem ungefähr 4 Kilometer von Werkheim nahe dem bayerischen Ort Hohlach am Main gelegene Pulverfabrik fast in die Luft. Das Hauptgebäude ist vollkommen zerstört, die Nebengebäude stehen in Flammen. Die Anzahl der Toten, die Unglück ums Leben gekommenen steht noch nicht fest, doch rechnet man mit 20 Toten. Die Zahl der Verwundeten ist erheblich größer. In das Krankenhaus in Werkheim sind 31 Verletzte eingeliefert worden, von denen drei inzwischen gestorben sind. Die Rettungsgesellschaften sind mit Gefahr verbunden, da mehrere Explosionen befürchtet werden.

In der Explosionskatastrophe wird weiter mitgeteilt: Die Detonation war von einer detontierenden Wucht, daß in Werkheim Tieren und Fenster demoliert wurden. In Hohlach selbst gibt es fast keine einzige heile Fensterscheibe mehr. Die Ziegel wurden von den Dächern gehoben. Auch sonst wurde großer Schaden an den Gebäuden angerichtet. Die Fabrik selbst hat nahezu kein Stein auf dem anderen. Gleich nach der Explosion wurden 30 Verwundete nach dem Hospital in Hohlach gebracht, von denen bisher 3 gestorben sind. Die Zahl der Verwundeten erhöht sich immer mehr. Man schätzt die bisher auf ungefähr 60 bis 70. Man nimmt an, daß weit über 20 Personen getötet wurden und vermuht unter den Trümmern noch weitere Opfer. Die Feuerwehr und der Sanitätsdienst von Werkheim waren sofort zur Stelle und leisteten die erste Hilfe. Die Arbeiten müssen mit größter Eile vorgenommen werden, da fortgesetzt noch Detonationen erfolgen.

Die gesamten Anlagen der Pulverfabrik sind durch die Explosion von Grund auf zerstört worden. Einzelne Teile der Anlagen brauchen noch. Die Aufbaumassnahmen der Feuerwehr und der Sanitätsmannschaften machen gute Fortschritte, werden jedoch immer noch durch drohende Explosionen erschwert. Bisher sind 9 Tote und 30 Verletzte geborgen worden. Durch die Explosion ist der umliegende Wald bis zur halben Höhe total umgelegt worden. Sämtliche Telegraphenleitungen sind zerstört.

Eine verpuffte Staatsaktion

Genosse Fritz Schreier wieder im Amt
Wie unseren Lesern noch bekannt sein dürfte, war vor einigen Monaten der Genosse Fritz Schreier plötzlich seines Amtes als Bürgermeister in Adenau enthoben worden. Er wurde durch Ausschreiben von Papieren einen flüchtigen Kommunisten begünstigt haben. Jetzt, nach einer Menge hochnotwendiger Schritte vor dem Richter, nach der Vernehmung einer ganzen Menge Leute, mußte das Verfahren eingestellt werden. Genosse Schreier erhielt gestern vom Amtsgericht die Mitteilung, daß das Verfahren gegen ihn eingestellt ist. Am gleichen Abend bekam er von der Kreisbauernschaft die Nachricht, daß auch die Suspension vom Amt zurückgenommen ist. Genosse Schreier hat heute früh sein Amt als Bürgermeister wieder angetreten.

Achtung! Volkseinstimmlich!

Die Stimmzettel sollen vom 8. bis 13. Juni ausgelegt werden. Die Zeit kann früher angelegt, alle verläßlich werden. Fordert Verlängerung des Termins!